

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Schluss mit der Lückenstopferei!](#)
2. [RWI-Studie: Herkunft der Kinder entscheidet auch über digitale Kompetenzen](#)
3. [Viele Grüße, dein Stromanbieter](#)
4. [Mehr NATO-Truppen für Osteuropa](#)
5. [Operation «Irreführung»: Russische Truppen bringen sich unter dem Vorwand einer Militärübung in Stellung gegen die Ukraine](#)
6. [Die Menschen werden mit „Corona“ beschäftigt, während die Bombe über ihnen schwebt](#)
7. [Erste Klagen gegen Verkürzung des Genesenenstatus](#)
8. [Streeck erklärt Booster-Nutzen: „Dauerhaftes Impfen nicht notwendig“](#)
9. [Fragenkatalog des Verfassungsgerichtshofs zu Corona-Maßnahmen: Ein Formalvorgang geht "viral"](#)
10. [Kommissionschefin gibt SMS nicht heraus: Von der Leyen unter Druck](#)
11. [Impfquote und Übersterblichkeit, eine „Spurious Correlation“](#)
12. [Statistiker zu Corona-Daten: „Die Meldeinzidenz ist problematisch“](#)
13. [Die Wenigen mit Impfschaden: Nach der Impfung wollte sie ihr Testament schreiben](#)
14. [Arbeitsunfähigkeit: Psychische Erkrankungen wieder gestiegen](#)
15. [Bürger verteidigen die Freiheit der Abgeordneten!](#)
16. [Sie wollte die französische Linke einen - aber die Linke will nicht](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Schluss mit der Lückenstopferei!**

Bis 2030 könnten mindestens 81.000 Lehrkräfte fehlen. Doch die Kultusminister

verwalten lieber den Mangel, als das Lehramtsstudium endlich attraktiver und flexibler zu machen.

ER HABE KLAUS KLEMM selten so frustriert und aufgewühlt erlebt, schrieb der Bildungsjournalist Armin Himmelrath vergangenen Mittwoch auf Twitter, versehen mit dem Link zum Text seiner Spiegel-Kollegin Silke Fokken. Und das heißt was, denn Himmelrath ist lange im Geschäft. Und der Bildungsforscher Klemm erst recht: Seit Jahrzehnten begleitet er die Personalpolitik der Kultusminister, berechnet den bundesweiten Bedarf an Lehrern und vergleicht seine Prognosen mit denen der Länder. Deren Vorhersagen schließlich haben große Auswirkungen auf die Universitäten und Lehramts-Studiengänge.

“In hohem Ausmaß unseriös” seien einige Annahmen der Kultusministerkonferenz, kritisierte Klemm vergangene Woche. Annahmen, auf deren Grundlage die KMK den Lehrermangel bis 2030 auf lediglich 14.000 Pädagogen schätzt. Klemm sagt: 81.000 Lehrkräfte könnten bis dahin fehlen. Was knapp zehn Prozent der Soll-Stärke aller deutschen Schulkollegien entspräche.

Der systematische Irrtum der Bildungsminister liegt dem Bildungsforscher zufolge nicht in der von ihnen prognostizierten Schülerzahl, auch nicht in dem daraus resultierenden Lehrerbedarf. Sondern an einer drastischen Überschätzung der Lehramts-Absolventen, die bis dahin aus den Hochschulen kommen.

Quelle: [Jan-Martin Wiarda](#)

2. **RWI-Studie: Herkunft der Kinder entscheidet auch über digitale Kompetenzen**

Digitale Kompetenzen sind laut einer neuen Studie sehr ungleich in der Bevölkerung verteilt. Die Forschergruppe sieht hier einen Bildungsauftrag für Schulen. [...]

Wie die Forscherinnen und Forscher des RWI ausführen, ergebe sich aus der Studie eine Handlungsempfehlung vor allem für den formalen Bildungssektor – also das deutsche Bildungssystem. Dieses sollte “früh die digitalen Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen fördern” – das heißt spätestens zu Beginn der Sekundarstufe I. Auf diese Weise könnten der geringe Kompetenzaufbau außerhalb der Schulen und auch die unterschiedlichen Voraussetzungen in den Familien kompensiert werden. Schulen sollten darüber hinaus Jugendliche mit Migrationshintergrund sowie Mädchen stärker für Themen mit Bezug zur Informatik begeistern und motivieren.

Für ältere Menschen sollten Bildungsangebote gestärkt werden, um ihnen “eine weitere Partizipation in den sich ändernden Lebens-, Bildungs- und Arbeitsbereichen zu ermöglichen”. So könnten ältere Menschen Anschluss an die Digital Natives erhalten.

Quelle: [Heise Online](#)

3. **Viele Grüße, dein Stromanbieter**

230.000 Menschen bekamen den Strom abgedreht, in einem einzigen Jahr. Familie

Temmen-Maurer drohte das auch - wegen einer Nachzahlungsforderung
Um 4.30 Uhr muss er auf Arbeit sein, also steht Joachim Temmen* um 3 Uhr auf. Von montags bis freitags, 40 Stunden arbeitet Temmen. Als Kraftfahrer. Er bringt Staubsauger, Teppichreiniger und allerlei Putzmittel dorthin, wo die Putzkräfte sie brauchen, für eine Reinigungsfirma in Madgeburg.

Temmen wohnt auf einem Dorf in der Nähe, den Transporter darf er nutzen für Hin- und Rückweg zur Arbeit. Temmen schläft nicht so viel, aber arbeitet viel, wofür er leider nicht so viel Geld bekommt. Seine Frau arbeitet zu Hause, erzieht das fünfjährige Kind und schmeißt den Haushalt. Temmens Lohn reicht nicht ganz, deshalb stocken die Temmen-Maurers mit Hartz IV auf, das reicht gerade so, wenn alles wie geplant läuft.

Im Dezember lief es nicht wie geplant. Da bekamen die Temmen-Maurers eine Nachzahlungsforderung von ihrem Stromanbieter. 200 Euro und ein paar Zerquetschte. Temmen und Temmens Lebensgefährtin und ihr fünfjähriger Sohn hatten aber keine 200 Euro und ein paar Zerquetschte. Es war kurz vor Weihnachten, und sie konnten ihre Stromrechnung nicht bezahlen.

Quelle: [der Freitag](#)

4. **Mehr NATO-Truppen für Osteuropa**

Die Bundesregierung soll der Ukraine umgehend „Waffen und Munition“ liefern und den deutschen Wehretat binnen fünf Jahren auf bis zu 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aufstocken - womöglich mehr als 100 Milliarden Euro. Dies fordert der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Thomas Enders. Enders verlangt darüber hinaus „die Einführung einer allgemeinen Dienst- oder Wehrpflicht für Männer und Frauen“, um „eine rasch mobilisierbare Reserve zur Landesverteidigung aufzubauen“. Zudem bringt er eine Stationierung weiterer deutscher Soldaten in Osteuropa ins Gespräch. Die Politik der Bundesregierung in der Ukraine-Krise attackiert er als „verantwortungslos“. Die NATO-Pläne, Einheiten wie in Polen und den baltischen Staaten künftig in weiteren Ländern Ost- und Südosteuropas zu installieren, beginnen die Region zu spalten: Während etwa Rumänien sie befürwortet und französische Militärs bereits den Aufbau einer Präsenz in dem Land prüfen, sperren sich Bulgarien, die Slowakei und Ungarn dagegen. Mehr als 50 Prozent aller Slowaken sehen Russland als strategischen Partner an.

Quelle: [German Foreign Policy](#)

dazu auch: Detschland: Aufstockung Truppenpräsenz?

Vier NATO-Bataillone à 1.000 SoldatInnen sind in den baltischen Staaten und in Polen stationiert (hinzu kommen noch auf bilateraler Basis stationierte britische und US-

amerikanische Truppen) (siehe IMI-Analyse 2022/02). Übers Wochenende wurde nun erneut bestätigt, dass eine Reihe von Ländern über eine Aufstockung ihrer Kontingente nachdenken: Die USA (noch einmal) angekündigt, eine Vergrößerung ihres Kontingentes in Polen anzuvisieren und Großbritannien spricht laut ORF davon, „die Zahl britischer Soldaten in der Region zu verdoppeln“, bislang seien „900 britische Soldaten in Estland stationiert, mehr als 100 in der Ukraine und 150 in Polen.“ Frankreich wieder, das bislang keins der vier NATO-Bataillone befehligt, hat übers Wochenende erneut laut taz bestätigt, es erwäge „mehrerer hundert Soldaten nach Rumänien“ zu entsenden. Bislang hatte sich Deutschland mit derlei Spekulationen zurückgehalten und es ist auch nicht völlig klar, ob die Bundesregierung mit solche Meldungen von außen unter Druck gesetzt werden soll. Jedenfalls berichtet Spiegel Online, Deutschland denke über eine Erhöhung seiner Präsenz in Litauen nach, wo das dortige NATO-Bataillon unter Kommando der Bundeswehr steht: „Wegen der Spannungen zwischen Russland und der Ukraine denkt Deutschland offenbar über eine Ausweitung seiner Militärpräsenz in Litauen nach. Das teilte Litauens Präsident Gitanas Nauseda mit.“
Quelle: [Informationsstelle Militarisierung e.V.](#)

5. **Operation «Irreführung»: Russische Truppen bringen sich unter dem Vorwand einer Militärübung in Stellung gegen die Ukraine**

Eine Auswertung von Videomaterial widerlegt das Propagandabild von einem normalen Manöver in Weissrussland: Russisches Militär taucht nicht nur an den offiziellen Übungsstandorten auf, sondern auch in einer strategisch wichtigen Region an der ukrainischen Grenze. Von dort führt die kürzeste Route nach Kiew.
Quelle: [NZZ](#)

***Anmerkung Albrecht Müller:** Interessant, was ein Medium wie die Neue Züricher Zeitung so alles an Aufklärung/Geheimdienstarbeit leistet.*

6. **Die Menschen werden mit „Corona“ beschäftigt, während die Bombe über ihnen schwebt**

Zur derzeitigen globalpolitischen Situation ist im Grunde alles gesagt, aber von korrumpierten Politikern, Journalisten und Wissenschaftlern ignoriert worden. Russland ist in der Defensive und will Frieden. Das gilt ebenso für die anderen Länder, die sich im Fadenkreuz der USA und ihrer Vasallen befinden. In Osteuropa steht die NATO 150 Kilometer vor St. Petersburg, und die Flugzeit der an den russischen Grenzen stationierten US-Raketen beträgt etwa fünf Minuten bis Moskau. Insofern

sind die Forderungen Russlands nach Sicherheitsgarantien berechtigt. Aber die USA hetzen gegen alle, die sich gegen ihre Aggressionspolitik sperren. Und ihre Vasallenregierungen machen zum Nachteil ihrer Länder mit. Auch - und in erster Linie - Deutschland, das nach wie vor ein besetztes Land ist und als „Speerspitze“ diesseits des Atlantiks gegen Russland aufgestellt wird. Damit haben die USA den Rücken frei für ihre Kriegsvorbereitungen im Pazifik gegen China.

Quelle: [apolut](#)

dazu auch: Sicherheitsgarantien für Russland sind Sicherheitsgarantien für Europa

Russland fordert von den USA Sicherheitsgarantien. Der Westen und auch Deutschland reagieren auf die Forderung ablehnend. Die Expansion der NATO soll weitergehen. Dabei wird übersehen: Die russischen Sicherheitsinteressen decken sich mit denen der EU und Deutschlands. (...)

Russland fordert Sicherheitsgarantien nicht von der EU oder den west- und mitteleuropäischen Ländern, sondern von den USA. Das macht deutlich wie sehr Russland davon ausgeht, dass die EU nicht in der Lage ist, eine eigenständige, verantwortungsvolle Politik für den europäischen Kontinent zu machen. Die EU exekutiert im Kern die US-amerikanische Außen- und Machtpolitik. Russland wiederum fühlt sich dadurch bedroht: vom Westen, von der NATO, von den USA und dem Vasall EU. (...)

Die Europäische Union kann kein Interesse daran haben, Europa zum Austragungsort der Konfrontation zwischen den USA und Russland zu machen. Es wäre daher wünschenswert, die EU würde sich auf die eigenen Interessen besinnen und die Vorschläge Russlands im Zusammenhang mit der Ausdehnung der NATO auch in ihrem eigenen sicherheitspolitischen Horizont bedenken. Es wird dann unmittelbar klar, dass die Sicherheitsinteressen Russlands im Grundsatz mit denen der EU identisch sind. Es darf keinen Bündnisbeitritt eines Landes gegen die Sicherheitsinteressen Russlands geben. Denn das bringt Europa aus dem Gleichgewicht.

Quelle: [Gert-Ewen Ungar in RT DE](#)

7. Erste Klagen gegen Verkürzung des Genesenenstatus

Auch gegen die Aberkennung des Geimpftenstatus bei einer Impfung mit Johnson & Johnson laufen Verfahren.

Gegen die Verkürzung des Genesenenstatus gibt es offenbar bereits eine große Bereitschaft von Betroffenen, den Klageweg zu beschreiten. Am Sonntagabend reichte die Mainzer Rechtsanwältin Jessica Hamed für ihre Mandanten einen Eilantrag gegen

die Verkürzung des Genesenenstatus von 180 auf 90 Tage ein. Am vergangenen Donnerstag hatte sie bereits die Aberkennung des Geimpftenstatus für einmal mit Johnson & Johnson gerichtlich angefochten. In beiden Fällen hat nun das Verwaltungsgericht Berlin darüber zu entscheiden, da die Eilanträge direkt gegen die umstrittenen Änderungen der COVID-19-Schutzmaßnahmen-Ausnahmenverordnung gerichtet sind.

Quelle: [Berliner Zeitung](#)

dazu: Bundestagsgutachten zweifelt an Rechtmäßigkeit der Verkürzung des Genesenenstatus

Ein neues Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages kommt zu dem Ergebnis, dass die abrupte Verkürzung des Genesenenstatus verfassungswidrig sein könnte. Derweil wächst der Druck aus der Fachwelt und den Ländern auf Minister Lauterbach, die umstrittene Änderung rückgängig zu machen.

Quelle: [Welt Online](#)

dazu auch: Virologe Kekulé: “Die Maßnahme des RKI ist völlig inakzeptabel”

Es ist gegen jede wissenschaftliche Logik, den Genesenenstatus auf drei Monate zu verkürzen und auf der anderen Seite den Impfstatus bei neun Monaten anzusetzen. Die aktuellen Impfstoffe sind ja auch auf die Wuhan-Variante abgestimmt, als aktuell Genesener haben Sie also einen besseren Schutz gegen Omikron. Aus wissenschaftlicher Sicht hätte man also eher den Impfstatus verkürzen müssen. Warum hat dann das RKI so gehandelt?

Aus politischer Intention, um noch mehr Leute dazu zu motivieren, sich impfen zu lassen. Darunter leidet die Reputation des Robert-Koch-Instituts, wenn es sich komplett jenseits wissenschaftlich-sachlicher Begründungen bewegt und in politischer Absicht versucht, die Ungeimpften weiter einzuengen. Grundsätzlich kann ich den Frust der Behörden darüber verstehen, dass sich in Deutschland zu wenig Erwachsene impfen lassen wollen. Aber das darf nicht dazu verleiten, als Wissenschaftler die Fakten zu verdrehen. Wenn schon, dann hätte man sowohl den Genesenen- als auch den Impfstatus verkürzen müssen.

Quelle: [Web.de](#)

8. Streeck erklärt Booster-Nutzen: “Dauerhaftes Impfen nicht notwendig”

Mittlerweile sind mehr als 50 Prozent der Menschen in Deutschland geboostert. Kommt bald die vierte Impfung gegen das Coronavirus? Und dann eine fünfte? Und sechste? Dann hätten wir etwas falsch gemacht, sagt Virologe Hendrik Streeck. [...] Er hält eine vierte Impfung erst dann für sinnvoll, wenn es einen Impfstoff gibt, der

speziell an die Omikron-Variante angepasst ist. "Ich kann mir für Deutschland eher vorstellen, dass wir zum Herbst und Winter mit einem angepassten Impfstoff in Hochrisikogruppen impfen. Also dass man vorschlägt, alle ab 60 zu impfen oder das gegebenenfalls allen Bürgern anbietet, aber keine Verpflichtung daraus macht." Auch die Europäische Arzneimittelbehörde EMA plädiert dafür, mit dem Boostern vorsichtig zu sein. Auffrischungsimpfungen könnten "einmal, vielleicht auch zweimal durchgeführt werden, aber wir denken nicht, dass sie ständig wiederholt werden sollten", hat die EMA Anfang des Jahres mitgeteilt. Sie warnt davor, dass Dauer-Impfen die Immunreaktion beeinträchtigen kann.

Quelle: [n-tv](#)

9. **Fragenkatalog des Verfassungsgerichtshofs zu Corona-Maßnahmen: Ein Formalvorgang geht "viral"**

Fragen an das Gesundheitsministerium sollen klären, wie gerechtfertigt die Verordnungen waren. Derartige Schreiben sind üblich, dieses sorgt aber besonders für Aufregung

"Da werden BK Nehammer und Minister Mückstein ganz schön ins Schleudern kommen", schreibt einer in eine Gruppe voller Corona-Skeptikerinnen und Maßnahmengegner. Und weiter: "denn JETZT geht es - endlich - um die Beweisführung seitens der Regierung". Es geht um das Schreiben des Verfassungsgerichtshofs (VfGH) an das Gesundheitsministerium, das am Wochenende aufgetaucht ist.

Was ist geschehen? Der VfGH hat im Zuge seiner Prüfung der Corona-Maßnahmen Fragen an das Gesundheitsministerium übermittelt. In erster Linie will der Absender, ein Höchstrichter, wissen, wie gerechtfertigt die Verordnungen waren, die etwa Lockdown und 2G-Regel umfassten. Das Interesse gilt dabei vor allem der Belastung des Gesundheitssystems, an die die Maßnahmen gekoppelt waren. Bis zum 18. Februar erbittet man Auskünfte auf insgesamt zehn Fragenkomplexe. Die Impfpflicht betrifft das aber nicht. Beim VfGH sind laut einer Sprecherin derzeit etwas mehr als 100 Verfahren im Zusammenhang mit Covid-19 anhängig, etwa 480 wurden schon erledigt.

Bei allen davon ist das Prozedere folgendes: Jeder Fall, der beim VfGH eingeht, wird vom VfGH-Präsidenten einem der 13 Mitglieder zugewiesen. Die bearbeiten ihn und leiten gegebenenfalls ein Vorverfahren ein, das ist in der aktuellen Causa geschehen und passiert laut VfGH "sehr oft". Dann bittet der Bearbeiter die gegnerische Partei - in dem Fall Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein (Grüne) - um Stellungnahme.

Quelle: [der Standard](#)

dazu: Österreich: Verfassungsgerichtshof stellt drängende Fragen zum COVID-

Narrativ

Knapp zwei Jahre dauert die Corona-Krise bereits an. Eine Zeit, in der sich auch Österreich durch eine rigide Maßnahmenpolitik hervortat. Vor wenigen Tagen übermittelte nun der Verfassungsgerichtshof Bundesgesundheitsminister Mückstein einige Fragen zur Belastung des Gesundheitssystems. Und die haben es wirklich in sich.

Quelle: [RT DE](#)

10. Kommissionschefin gibt SMS nicht heraus: Von der Leyen unter Druck

Die EU-Kommissionschefin verweigert die Herausgabe von SMS über den teuren Impfstoffdeal mit Pfizer. Ihr wird Intransparenz vorgeworfen.

Rund ein Jahr nach dem Streit über die seinerzeit schleppende Impfstoffbestellung ist EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) erneut unter Beschuss geraten. Diesmal geht es um eine überaus großzügige Bestellung von Corona-Impfstoff beim US-Konzern Pfizer - und um den Vorwurf der schlechten Verwaltungsführung.

Quelle: [Eric Bonse in der taz](#)

11. Impfquote und Übersterblichkeit, eine „Spurious Correlation“

In den zehn Jahren, die es die Unstatistik nun gibt, wurden wir häufig gefragt, ob es kein Problem sei, jeden Monat eine Unstatistik zu finden. Nein - ist es nicht. Die Unstatistik-Nachrichtenlage kann noch so mager sein: eine Meldung, in der Korrelation für Kausalität gehalten wird, findet man immer. Menschen sind eben auf der Suche nach Erklärungen, gerade wenn es um Phänomene geht, die uns Angst einjagen.

Sowohl Meldungen in den Printmedien als auch in den sozialen Medien legen nahe, dass die Frage des Zusammenhangs zwischen Impfungen und Sterblichkeit viele Menschen verunsichert. Bereits in unserer Dezember-Unstatistik sind wir auf die Probleme derartiger Studien eingegangen. Nichtsdestoweniger werden wir auf zahlreiche Analysen hingewiesen, die versuchen, einen Zusammenhang zwischen Impfquote und Sterblichkeit bzw. Übersterblichkeit herzustellen. Hierzu werden üblicherweise die zeitliche Entwicklung der Impfquoten für verschiedene Altersgruppen oder Regionen mit der Sterblichkeit in diesen Altersgruppen oder Regionen verglichen.

Ein Beispiel hierfür ist die Studie des Psychologieprofessors Christoph Kuhbandner, der für das Jahr 2021 die zeitliche Entwicklung der Todesfälle pro Tag und die Anzahl der Erst-, Zweit- und Booster-Impfungen in Deutschland miteinander vergleicht. Dabei findet er sehr hohe Korrelationen, die vermeintlich nahelegen, dass eine höhere Anzahl an Impfungen zu mehr Todesfällen führt.

Quelle: [rwi Essen](#)

12. **Statistiker zu Corona-Daten: “Die Meldeinzidenz ist problematisch”**

Der Statistiker Küchenhoff hält die Meldeinzidenz für ungeeignet, um die Pandemie richtig einzuschätzen. Relevanter seien die Zahlen der Krankenhauseinweisungen und der belegten Intensivbetten, so Küchenhoff auf tagesschau24.

Der Statistik-Professor Helmut Küchenhoff hat im Interview mit tagesschau24 erläutert, warum er die “Meldeinzidenz” für nicht geeignet hält, um das tatsächlich Ausmaß der Corona-Pandemie zu erfassen. Zumindest als “primärer Indikator” sei die Inzidenz ungeeignet, so Küchenhoff, der an der Ludwig-Maximilians-Universität München Statistik lehrt.

Quelle: [tagesschau](#)

dazu auch: Wegen hoher Corona-Fallzahlen: Bundesregierung stellt sich gegen „verfrühte“ Lockerungen

Das RKI meldet täglich die aktuellen Corona-Fallzahlen in Deutschland. Wegen der anhaltend hohen Daten spricht sich die Bundesregierung gegen Lockerungen aus. (...) Im Augenblick sei es aber „noch ein bisschen verfrüht“, schon diesen Schritt zu machen. Noch sei man in der Phase, in der es bergauf gehe mit den Zahlen. Man befinde sich derzeit mitten in der Corona-Welle, wo es jeden Tag neue Rekordwerte gebe. „Und insofern würde ich im Augenblick davor warnen, zu frühzeitig zu glauben, es ist schon vorbei“, sagte Hebestreit.

Quelle: [FR Online](#)

Anmerkung Christian Reimann: *Namhafte deutsche Medien schaffen es immer noch nicht, zwischen einem positiven Testergebnis und einer tatsächlichen Infektion zu unterscheiden. Insbesondere zwei Interviews mit Gerd Bosbach sind dazu interessant:*

- a. [Schluss mit Irreführung: „Wir brauchen harte, gesicherte Fakten statt nur scheinbar objektive“.](#)
- b. [Ein Jahr Corona und kein Ende: „Es fehlt eine transparente Gesamtstrategie!“](#)

Nach fast zwei Jahren hat die Entscheidungsträgerschaft in Bund und Ländern weder für “harte, gesicherte Fakten” gesorgt noch eine “transparente Gesamtstrategie” entwickelt. Es ist auch keinesfalls sicher, [dass Omikron als goldene Gelegenheit für einen Exit](#) verstanden wird. Das Leid innerhalb der breiten Bevölkerung dürfte daher hierzulande – anders als z.B. in Großbritannien, Schweden und zahlreichen US-Bundesstaaten – weiter zunehmen.

13. Die Wenigen mit Impfschaden: Nach der Impfung wollte sie ihr Testament schreiben

Drei Menschen erzählen, was ihnen nach einer Impfung passierte. Nun sollen erste Studien zeigen, ob die Symptome wirklich mit dem Impfstoff zusammenhängen. Besonders schlimm, erinnert sich Jeannette D., seien die ersten Tage gewesen, direkt nach der Impfung. „Erst konnte ich meinen Arm nicht mehr bewegen“, sagt sie. „Dann war da ein Schmerz zwischen Zeige- und Mittelfinger, der sich bis zum Oberarm ausbreitete.“ Sie fühlte sich, als würde ihr Körper gegen etwas rebellieren; sie spürte ein starkes Stechen im Herzen, der Puls wurde schneller. Sie war müde, konnte aber nicht einschlafen. „Ich bin dann zu meinem Mann gegangen und hab zu ihm nur gesagt: Du, schau doch morgen früh nach, ob ich noch lebe.“ Er habe sie dann fest angesehen und gesagt: „Nein, du stirbst nicht.“ Sie dachte in diesem Moment darüber nach, ein Testament zu schreiben.

Quelle: [Berliner Zeitung](#)

14. Arbeitsunfähigkeit: Psychische Erkrankungen wieder gestiegen

Die krankheitsbedingten Fehlzeiten Erwerbstätiger sind im vergangenen Jahr gesunken. Gleichzeitig fallen Arbeitnehmer immer häufiger wegen psychischer Erkrankungen aus. Jeder fünfte Fehltag war im vergangenen Jahr psychisch bedingt.

Quelle: [Versicherungsbote](#)

15. Bürger verteidigen die Freiheit der Abgeordneten!

15 Bürger mit Marianne Grimmenstein, Bürgeraktivistin und Sprecherin der Bürgerinitiative Gemeinwohllobby, haben gegen die Bundestagspräsidentin wegen Verletzung des Rechts auf verfassungsmäßige Volksvertretung im Bundestag und des Wahlrechts einen Antrag auf einstweilige Anordnung beim Berliner Verwaltungsgericht am 27.01. 2022 eingereicht.

Sie beantragen, dass die Bundestagspräsidentin es sofort unterlässt, mit ihrer angefochtenen Allgemeinverfügung v. 12. Jan. 2022 Abgeordnete aus dem Plenarsaal und den Räumlichkeiten der Ausschusssitzungen auszusperrern, ungleiche Arbeitsbedingungen für statusgleiche Abgeordnete zu schaffen und ihnen das Tragen von FFP2-Masken im Bundestag aufzuerlegen.

Quelle: [Gemeinwohl-Lobby](#)

16. Sie wollte die französische Linke einen - aber die Linke will nicht

Christiane Taubira hat eine Urwahl unter Frankreichs Linken gewonnen, sie kandidiert für das Lager als Präsidentin. Nur: Die Konkurrenten erkennen das Ergebnis nicht an. [...]

Es ist ein Sieg für Christiane Taubira - und es bleibt dennoch eine Niederlage für ihre Unterstützer, meist Menschen zwischen 20 und 30 Jahren. Die feierten zwar noch bis in die frühen Morgenstunden in einer Pariser Konzerthalle. Aber die Idee, eine

Persönlichkeit für alle linken, kritischen und progressiven Wählerinnen und Wähler zu finden, ist gescheitert.

Dazu muss man das französische Parteiensystem kennen. Während in Deutschland auch kleinere Parteien durch Koalitionen an die Macht kommen können, ist das französische System auf eine Person zugeschnitten: Nur die beiden Erstplatzierten ziehen in den zweiten Wahlgang ein. Nach allen bisherigen Umfragen sind dies allerdings der amtierende Präsident Emmanuel Macron und die rechtsextreme Marine Le Pen. An dritter Position folgt in Umfragen die rechtskonservative Valérie Pécresse. Das linke und grüne Lager spielt kaum eine Rolle, so zersplittert ist es. Insgesamt sieben Kandidaten stellen sich zur Wahl. Keiner hat für sich genommen Chancen, in die Stichwahl zu kommen. Der bestplatzierte Jean-Luc Mélenchon erreicht in Umfragen rund zehn Prozent aller Stimmen, gefolgt vom grünen Yannick Jado und schließlich Taubira.

Quelle: [Zeit Online](#)